

„Stell Dir vor, es ist Krieg und keiner geht hin...“

Generalmajor Mag. Heinrich Winkelmayr, seit Mitte Oktober auch Vizepräsident der Österreichischen Offiziersgesellschaft, analysiert im folgenden Artikel den aktuellen sicherheitspolizeilichen Assistenzeinsatz des Österreichischen Bundesheeres und die Sicherheitslage in Europa.

Das Österreichische Bundesheer steht seit Mitte September im sicherheitspolizeilichen Assistenzeinsatz Migration an der Ost- und Südgrenze, aber auch in Salzburg, Oberösterreich und Tirol. Insgesamt waren im November rund 1.600 Kadersoldaten eingesetzt, denn der Einsatz von Grundwehrdienern ist untersagt. Zusätzlich unterstützt das Bundesheer mit durchschnittlich 400 Soldaten in Form von Unterstützungsleistungen in den Bereichen Verpflegung, Unterbringung und Transport die zivilen Behörden und Einsatzkräfte und ist für die gesamtstaatliche Transportorganisation der tausenden Migranten verantwortlich.

Parallel dazu stellt das Bundesheer unverändert derzeit rund 1.000 Soldaten, mit Masse ebenfalls Kadersoldaten des Präsenz- und Milizstandes, für internationale Einsätze und bereitet sich mit einem Logistikbataillon (rund 500 Soldaten, ausschließlich Kadersoldaten) auf die Teilnahme an einer EU-Kampfgruppe im 2. Halbjahr 2016 vor.

Gemäß den Allgemeinen Dienstvorschriften haben die sicherheitspolizeilichen Assistenztruppen den Anordnungen der zivilen Behörden nötigenfalls Nachdruck zu verleihen. Im konkret vorliegenden Fall geht es um die Durchsetzung des Fremdenpolizeirechts und die Verhinderung des illegalen Grenzübertrittes, ein Verstoß dagegen stellt ein Verwaltungsdelikt dar. Durch das Bundesministerium für Inneres und die ausführenden Landespolizeidirektionen wurde festgelegt, dass die Durchsetzung dieser Gesetzesbestimmungen mit behördlicher Zwangsgewalt nicht zulässig ist. Die Reaktion der betroffenen Bevölkerung zeigt, dass sie mit dieser Vorgangsweise nicht einverstanden ist, die Assistenztruppen des Bundesheeres sind dennoch an diese behördliche Weisung der zuständigen zivilen Behörden gebunden und haben kein Recht, die vorliegenden Behördenweisungen selbstständig abzuändern.

Vermeintlich macht sich in den politischen Kreisen die Einsicht breit, dass zur Eindämmung der Migrationsströme an den Ursprung des Problems herangegangen werden muss. Übersetzt in Klartext heißt das: Europa muss in den Krisenräumen robust intervenieren, um einen Frieden zu erzwingen. Österreich wird sich an solchen Einsätzen solidarisch beteiligen müssen, ein Mittel zur robusten Intervention stellen die EU-Kampfgruppen dar. Solche Interventionen sind riskant und werden Opfer kosten, Europa muss aber bereit sein, seine Werte und seinen Lebensstil gegen die barbarische Bedrohung auch unter Einsatz militärischer Mittel zu schützen und zu verteidigen. Es ist notwendig, rasch eine gemeinsame europäische robuste Strategie im Kampf gegen die aktuelle Bedrohung zu formulieren und mit robusten Mitteln in die Tat umzusetzen. Dazu ist es auch notwendig, sich mit wenig geliebten Partnern zu arrangieren, wie mit Russland und mit der Türkei. Die französische globale Initiative für den gemeinsamen, auch militärischen Kampf gegen den Islamischen Staat ist ein richtiger Schritt in die richtige Richtung, und es ist zu hoffen, dass sich auch Österreich mit nennenswerten und robusten Kräften an diesem Kampf beteiligt. Ich höre schon die Stimmen der Ängstlichen, dass dann der Terror auch nach Österreich kommen wird. Ich bin überzeugt, dass wir schon längst im Visier des Terrors stehen, und tatsächlich gelebte europäische Solidarität verlangt eine aktive österreichische Beteiligung am Kampf gegen den Terror und die aktuelle Bedrohung durch ungebremste Migration.

Im Sinne der gelebten europäischen Solidarität müssen auch die europäischen Frontstaaten wie Griechenland, Italien und Spanien aktiv und kraftvoll und nicht nur mit schönen Worten beim Schutz der EU-Außengrenze unterstützt werden. Das wird auch zu unschönen Vorfällen führen, denn der Schutz der EU-Außengrenze muss aus meiner Sicht auch mit verhältnismäßiger behördlicher Zwangsgewalt vorgenommen werden. Die EU-Mission SOPHIA¹⁾ im Mittelmeer ist auch hier nur ein erster Schritt in die richtige Richtung.

Anmerkung der Redaktion:

Der Verfasser weist ausdrücklich darauf hin, dass der Beitrag seine persönliche Ansicht darstellt und nicht die offizielle Position des Österreichischen Bundesheeres, des Streitkräfteführungskommandos oder der Österreichischen Offiziersgesellschaft ist.



Mittelmeer-Flüchtlinge – Mission „Sophia“

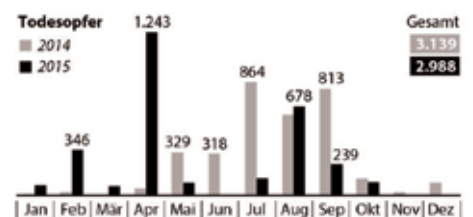
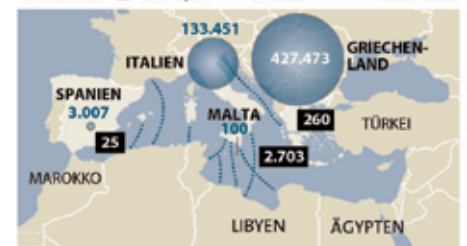
EU-Militäreinsatz gegen Schlepper

- Ziel: Schleppernetzwerke bekämpfen: Verdächtige Schiffe aufspüren, durchsuchen und beschlagnahmen
- Start: 7. Oktober, Dauer: Ein Jahr
- 22 teilnehmende Staaten, sechs Schiffe
- Budget: 11,8 Millionen Euro



Ankünfte und Todesopfer 2015

● Ankünfte ■ Todesopfer — Routen Stand 6. 10.



Grafik: © APA, Quelle: APA/ICM





Foto © Bundesheer / Grebien



1) Die European Union Naval Force – Mediterranean (EU NAVFOR Med) – Operation Sophia ist eine multinationale militärische Krisenbewältigungsoperation der Europäischen Union zur Bekämpfung des Menschenenschmuggels und der Menschenhandelsnetze und der Bekämpfung von Schleusern und deren Infrastruktur im südlichen zentralen Mittelmeer zwischen der italienischen und der tunesischen und libyschen Küste.

Foto © Bundesheer / Halla

MITTWOCH, 20. JÄNNER 2016

**III. TAG
DER WEHRPFLICHT**

Schließlich geht es bei der notwendigen robusten europäischen Strategie zur Intervention in den Krisenräumen und zum Kampf gegen den Terror auch um eine massive organisatorische und finanzielle Hilfe für die riesigen Flüchtlingslager in den betroffenen Regionen. Den Flüchtlingen in diesen Regionen muss Schutz der körperlichen Unversehrtheit geboten werden, sie müssen angemessen versorgt und untergebracht werden, für die Kinder muss Unterricht gewährleistet werden. Im Verein mit robuster Intervention in den Krisenräumen zur Erzwingung eines Friedens soll dadurch die Motivation gesteigert werden, im Raum zu verbleiben und auch wieder in die Heimat zurückzukehren und diese wieder aufzubauen.

Das Bundesheer befindet sich auf Grund der aktuellen Lage neuerlich in einer Phase der äußersten Kräfteanspannung. Es macht mich wütend, wieder erkennen zu müssen, dass die Beurteilungen und Prognosen zur Lageentwicklung allesamt eingetroffen sind, von den politisch Verantwortlichen für die Republik Österreich aber offenbar beharrlich ignoriert wurden. Der geplante Einsatz von Milizeinheiten für den sicherheitspolizeilichen Assistenzeinsatz wird im Widerspruch zur Österreichischen Sicherheitsstrategie und zur Teilstrategie abgelehnt, der Einsatz muss alleine mit den Kadernsoldaten des Präsenzstandes geleistet werden. Ein Präsenzstand, der auf Grund der massiven finanziellen Kürzungen in den letzten Jahren im Zuge der Strukturanpassungen des ÖBH 2018 neuerlich massiv gekürzt werden muss. Die Aufstockung der Polizei um 2.000 Personen geht vor dem Hintergrund der aktuellen Lage rasch und glatt über die Bühne, die massive Kürzung des Präsenzstandes des Bundesheeres bleibt unwidersprochen. Neuerlich stellt sich auch die Frage nach der Sinnhaftigkeit der Miliz und von Investitionen in diesen Bereich, wenn die politische Führung deren Einsatz beharrlich ablehnt und stets auf den Präsenzstand des Bundesheeres verweist, gleichzeitig aber auch den Einsatz von ausgebildeten Präsenzdienern untersagt und damit einem weiteren politischen Dokument, dem Bericht zur Reform des Wehrdienstes, beschlossen von der Bundesregierung am 23. Juni 2013 als Reaktion auf die Volksbefragung im Jänner 2013 über die Beibehaltung des Wehrdienstes oder des Umstieges auf ein Berufsheer, die Glaubwürdigkeit entzieht.

Zum Abschluss wiederhole ich ein Zitat, das teilweise Berthold BRECHT zugeschrieben wird: „Stell Dir vor, es ist Krieg und keiner geht hin – dann kommt der Krieg zu Euch! Wer zu Hause bleibt, wenn der Kampf beginnt, und lässt andere kämpfen für seine Sache, der muss sich vorsehen: Denn wer den Kampf nicht geteilt hat, der wird teilen die Niederlage. Nicht einmal Kampf vermeidet, wer den Kampf vermeiden will, denn er wird kämpfen für die Sache des Feindes, wer für seine eigene Sache nicht gekämpft hat.“

Generalmajor Mag. Heinrich Winkelmayr

EINLADUNG ZUM III. TAG DER WEHRPFLICHT „BEDROHUNGEN FÜR ÖSTERREICH“

MITTWOCH, 20. JÄNNER 2016 AB 1700 UHR

FAHRT NACH WIEN VON GABLENZKASERNE AB 1330 UHR
OGST-MITGLIEDER UND DEREN GÄSTE SIND EINGELADEN!
Anmeldungen ab 01.12.2015 auf www.ogst.at oder per Telefon: 050201 50 40121

